

BREMER RUNDSCHAU

Bremer Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei | DKP

Die medizinische Unterversorgung der Stadtteile auf der linken Weserseite verhindern

Für den Erhalt des Klinikums Links der Weser

Weil das Klinikum Bremen-Mitte zu einem sogenannten Maximalversorger ausgebaut werden soll, will die Bremer Regierungskoalition (SPD/Grüne/Die Linke) das Herzzentrum des Klinikums Links der Weser dorthin verlegen und das LdW in zwei Jahren schließen.

**Geld für
Gesundheit
statt für Banken
und Konzerne
Abrüsten statt
Aufrüsten!**

Nachdem seit 1991 bundesweit 624 Kliniken schließen mussten, davon über 20 in der Corona-Pandemie, ist nun das Klinikum Links der Weser betroffen. Die Beschäftigten des Klinikums Links der Weser (LdW) unterstützt von der Bremer Bevölkerung bringen nun aber Dampf in das politische Leben unseres Bundeslandes! Um die medizinische Unterversorgung der Stadtteile auf der linken Weserseite durch Schließung des LdW zu verhindern, schlossen sich 11.295 UnterstützerInnen der Petition des Betriebsrats des LdW an. Nun muss sich zum Leid des Senats, die Bürgerschaft erneut mit den Schließungsplänen des LdW befassen. Die Lage der Krankenhäuser in Bremen war noch nie so trist und schwierig wie jetzt. Die Investitionen sind seit Jahren nicht mehr bedient worden, haben sich weit über 700 Millionen Euro angestaut. Die Bremer Krankenhäuser sind in einem schwierigen Zustand und haben zunehmend Probleme die Fallzahlen zu erwirken, weil das Personal fehlt. Die Politik des fortgesetzten wirtschaftlichen Auszehrens der Krankenhäuser lässt am Ende die Beschäftigten und die Bremer Bevölkerung krank und ratlos zurück. Wissenschaftler aus Lauterbachs Regierungskommission haben errechnet, dass 100 Milliarden Euro nötig seien, um bundesweit die Kliniken zu retten.

Am 20. September 2023 findet im Bürgerhaus Obervieland um 18 Uhr eine öffentliche Regionalkonferenz mit Bürgermeister Bovenschulte (SPD), Gesundheitssenatorin Bernhard (DIE LINKE) u.a. statt. Kommen auch Sie zu dieser Veranstaltung für den Erhalt des Klinikums Links der Weser in der Alfred - Faust - Str. 4 in 28279 Bremen.

Schwerste Bildungskrise seit Gründung der Bundesrepublik

Im neuen Bremer Schuljahr 2023/24 wird die größte Herausforderung erneut der Lehrermangel sein. Bremen hat zum Start des neuen Schuljahres viele unbesetzte Stellen gemeldet. Der Personalrat Schulen sieht dem Schuljahr mit großer Sorge entgegen. Momentan habe etwa ein Zehntel der allgemeinbildenden Schulen mit einer Lehrkräfteversorgung von unter 90 Prozent erhebliche Probleme, den regulären Unterrichtsbetrieb aufrechtzuerhalten. Konkret könnten etwa 65 Vollzeitstellen nicht besetzt werden, das entspreche 80 Lehrkräften. Bei einigen Schulen

würden so viele Lehrkräfte fehlen, dass die Behörde einen Hilferuf mit der Bitte um Mehrarbeit an die Beschäftigten geschrieben habe. Das ist, auch bundesweit, einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der BRD, die auf einen enormen Mangel an Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern trifft und auf ein veraltetes, unterfinanziertes und segregiertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist.



Wir wollen keine Panzer – gute Schulen jetzt!

Roter Kommentator meint:

Kanonenfutter

Das Volk der Ukraine sollte schnellstens verstehen, dass es vom Westen als billiges Werkzeug ausgenutzt wird. Die Worte des polnischen Präsidenten Andrzej Duda (der eigene Pläne mit der West-Ukraine hat) könnten dazu verhelfen. Im Interview mit der Washington Post erklärte er, dass der Konkurrent Russland im Moment billig gestoppt werden könne, weil in diesem Krieg keine US-Soldaten sterben würden.



Dies zeigt, dass die Leben und Schicksale von Millionen ukrainischer Bürger entweder für das Marionettenregime in Kiew oder für seine westlichen Herren nichts wert sind. Hunderttausende Soldaten wurden bisher als Kanonenfutter durch den *Fleischwolf* gedreht. Wir hoffen, dass solche Enthüllungen dem ukrainischen Volk helfen werden, endlich zu erkennen, dass es schamlos als billiges Werkzeug für die Umsetzung der imperialistischen Pläne des Westens ausgenutzt wird. Außerdem können wir sehen, dass westliche Wirtschaften mithilfe des Ukraine-Krieges enorm verdienen. Sie würden ihr zufolge veraltete Waffen und Ausrüstung an Kiew verkaufen, die zur Verschrottung vorgesehen waren. Im Gegenzug bekommt die westliche Rüstungsindustrie milliardenschwere Verträge für die Produktion neuer Waffen - *so geht imperialistische Wirtschaft heute!* ♦

Die Nerven liegen blank

In einem Interview mit dem Bremer „Weser Kurier“ hat der frühere EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) am Montag noch deutlicher als in vorangegangenen Stellungnahmen seinen Unmut über die westliche Kriegspolitik gegenüber Russland geäußert. Einige Beispiele: „Der Umsturz in der Ukraine wird bei uns dargestellt als eine demokratische Revolution von begeisterten Pro-Europäern. Das war eine fabelhafte PR-Nummer, denn es ist nur ein Ausschnitt der Wahrheit. Es war ein vorbereiteter Staatsstreich. Die ersten Maßnahmen der Übergangsregierung waren gegen die russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine gerichtet. Dann begann der Krieg 2014 mit der sogenannten Anti-Terror-Operation und die russische Politik von Putin wurde dämonisiert.“ Der Krieg habe eine lange Vorgeschichte, die es aber „in der offiziellen westlichen Darstellung“ nicht gebe. Einen Grund dafür, dass die deutsche Debatte verengt sei, sieht Verheugen „in der fundamentalistischen Außenpolitik der Grünen“. Diese fundamentalistische Außenpolitik soll jetzt der Düsseldorfer Kriegsgegner Kay Strathus zu spüren bekommen. Ihm wird die Billigung eines Angriffskriegs vorgeworfen. Strathus soll unter anderem auf Facebook darauf hingewiesen haben, dass es durchaus völkerrechtliche Argumente für das Eingreifen der Russischen Föderation in der Ukraine gegeben habe. Es drohen 3.500 Euro Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis.



Die Nerven liegen offensichtlich blank. Der Wirtschaftskrieg ist gescheitert und schlägt als Bumerang auf Deutschland zurück. Während Autohersteller aus Deutschland, Japan, Korea und den USA ihr Geschäft aus Russland im Zuge der Sanktionen abziehen, springt China ein. Das von Grünen-Vizekanzler Robert Habeck sanktionierte günstige Pipeline-Öl aus Russland kommt jetzt, raffiniert in Indien und um die halbe Welt verschifft, für teures Geld. Im Unterschied zur Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung für frische Waffen, für Panzer und Granaten immer genug Geld. Die Ampel will die Militärausgaben auf 2 Prozent des BIP erhöhen, auf 70 bis 80 Milliarden Euro pro Jahr – während die Bildung verkümmert, die Infrastruktur verrottet und das Gesundheitssystem kollabiert. Krieg und sozialer Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. ♦

50 Jahre faschistischer Putsch in Chile

Anlässlich des 50. Jahrestages des CIA-Putsches in Chile weisen wir auf eine Veranstaltung der Marxistischen Abendschule (MASCH) Bremen hin:

22. September 2023 von 20:00 - 22:00 Uhr | Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4/5 | Bremen
Referent: Dr. Manfred Sohn, Wuppertal

Chile - Das Programm der Unidad Popular, der CIA-Putsch gegen Allende und die Lehren

Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär, federführend von US-amerikanischen CIA, unterstützt bundesdeutschen BND, gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende und seine Unidad Popular-Regierung, in der Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und linke Parteien auf friedlichem Wege zum Sozialismus gehen wollten. Das Programm dieser Volksfrontregierung sah viele grundlegende demokratische, antimonopolistische Reformen vor, von denen einige in den nur vier Jahren ihres Bestehens auch errungen werden konnten: Zerschlagung der Monopole, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, Enteignung der Großgrundbesitzer (die Rohstoffproduktion lag in den Händen des US-Kapitals, aber auch deutsche Monopole wie Hoechst verdienten gut an der Ausplünderung Chiles); Recht auf Arbeit; kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung; Wohnung, Trinkwasser, Strom für alle; Milch für Kinder; Arbeiterlohn für Beamte; Rente ab 60 und Rentenerhöhungen, um nur einige zu nennen. Viele tausend Menschen wurden im Zuge des Putsches der auch durch die Bonner Regierung bewaffneten Pinochet-Soldateska eingekerkert und ermordet. Einer der Schlächter war der chilenische Oberstleutnant Helmut Kraushaar, der nach dem Putsch 1976 eine Generalstabsausbildung bei der Bundeswehr erhielt, wie viele andere Militärs seiner Zeit aus faschistischen Folterarmeen z.B. aus Brasilien, Iran, Südkorea, Indonesien oder den Philippinen. ♦

Chile 11.09.1973

„Im Grunde genommen ist unsere Armee“ sagte die Witwe Salvador Allendes, „die Organisation einer Klasse, der Mittel- und Oberschicht.“ Wie diese Armee wütete, schilderte seinerzeit die UZ - Zeitung der DKP: „Die Soldaten durchkämmen systematisch die Häuserblocks mit langen Listen, in denen sich die Namen von Verdächtigen reihen. Wer nicht schnell genug die Tür öffnet, riskiert erschossen zu werden. Die Soldaten zerschließen die Türschlösser. Dann werden die Wohnungen verwüstet, oft geplündert. Viele Bewohner, die von den Soldaten abgeholt werden, kamen nicht wieder ... Augenzeugen berichten, dass allein in Santiago in den ersten zehn Tagen nach dem faschistischen Putsch über 5.000 Menschen hingerichtet wurden. Im ganzen Land sollen es weit über 10.000 sein.“ ♦

Die damaligen Befehlshaber der Terrorarmeen in Chile, Brasilien, Iran, Südkorea, Indonesien oder den Philippinen wurden in der Bundeswehr ausgebildet, um sie „in Sachen Demokratie“ zu erziehen, wie sich der damalige Verteidigungsminister Leber (SPD) seinerzeit herausredete. Nicht zufällig gehörten zu den obengenannten Ländern gerade diejenigen, wo die BRD die größten wirtschaftlichen Interessen hatte. Nicht um „Demokratie“ ging es der Regierung und der Bundeswehr, sondern darum, dass ihre wirtschaftlichen Interessen durchgesetzt werden. Dazu passte, dass die damalige Brandt-Scheel-Regierung (SPD/FDP) dem demokratischen Chile unter Salvador Allende die Entwicklungshilfe strich und ein Handelsembargo entfachte. ♦

"Rich Men North Of Richmond"

Dem allgemeinen Stumpfsinn im Musikgeschäft gab jetzt angeblich ein gewisser Christopher Anthony Lunsford Paroli. In Knittershirt, mit rotem Bart und ohne Plattenvertrag steht er in seinem Video zum Song »*Rich Men North of Richmond*« mitten im Wald, ackert auf einer Resonatorgitarre und singt mit kratziger Inbrunst in der proletarischen Tradition eines Woody Guthrie oder Jim Croce. Die *dpa* tickerte schon, dass der Klassenkampf an der Spitze der Charts zurück sei – das ist gut – ha ha. Doch das gehörte ist recht eindeutig reaktionär und wenn, dann »revolutionär« im Sinne der faschistoiden Kapitolstürmer, also diese Art von »wir kleinen Leute gegen die da oben«-Aufstand, der ganz sicher nicht die Arbeiterklasse befreien soll. In seinem Lied, um nur ein Beispiel zu nennen, wird z. B. die hohe Besteuerung beklagt, denn klar, dass der kleine Mann so wenig in seinem Geldsäckel hat für all die harte Arbeit, liegt nicht etwa an der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse, sondern an der Regierung, die ihm zu viele Steuern abverlangt. Es ist also wenig überraschend, dass er im rechten Ökosystem in den USA gerade ziemlich abgefeiert wird. Und der ganze kodierte Rassismus in den Textzeilen, ist ja eh auch klar. Tja, das proletarische Lied im Westen des 21. Jahrhunderts habe wohl die Aufgabe, die Kürzung von Sozialleistungen zu fordern.

Ganz anders der englische Musiker Billy Bragg, der den Song »*Rich Men North of Richmond*« auf seine Weise vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse aus umformte. Die sozialreaktionären Aussagen in Oliver Anthonys Song kommentierte er mit den Worten: „Das ist wirklich sträflich. Meine Antwort heißt Solidarität. Wenn du deine Seele für Überstunden und einen Scheißlohn verkaufen musst, dann gehe ich die Gewerkschaft!“ – sprach`s und machte sich an die Songwriter-Arbeit. <https://www.youtube.com/watch?v=qGNFR7pgxDY> ♦



Häufig arm trotz Vollzeitjob



Der französischen Königin Marie Antoinette wird das Zitat zugeschrieben: „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen.“ An der Ignoranz der Regierenden gegenüber den Nöten und Sorgen der einfachen Leute scheint sich seit den Tagen des Absolutismus wenig geändert zu haben. Das jüngste Beispiel hierfür sind die Pläne zur Reform des Unterhaltsrechts von Justizminister Buschmann (FDP).

Betroffen sind insbesondere Trennungsfamilien, in denen ein Elternteil die Hauptbetreuung leistet und der andere Elternteil sich zu einem bestimmten Prozentsatz bei der Erziehung einbringt. „Wenn unsere Pläne umgesetzt werden, wird der Vater zwar weniger zahlen, aber wenn wir Väter dazu motivieren, sich stärker in der Betreuung der Kinder zu engagieren, hilft das auch den Müttern. Sie können dann etwa stärker berufstätig sein“, so die Argumentation des Ministers. Dabei ignoriert er, dass schon jetzt 42 % der Trennungskinder arm sind, obwohl viele Alleinerziehende in Vollzeit / vollzeitnah arbeiten. Dennoch ist das Risiko, in Armut zu leben, für alleinerziehende Familien in Deutschland von allen Familienformen am höchsten. 43 Prozent der Ein-Eltern-Familien gelten als einkommensarm, während es bei den Paarfamilien mit einem Kind 9 Prozent, mit zwei Kindern 11 Prozent und mit drei Kindern 31 Prozent sind. Kinderarmut ist hierzulande – nicht nur in Alleinerziehenden-Familien – längst ein Massenphänomen. Hieran wird sich wenig ändern. Die Berliner Koalitionäre setzen spätestens seit der ausgerufenen „Zeitenwende“ andere Prioritäten. ♦

Kindergrundsicherung ?

Mit der Kindergrundsicherung wollte die Ampel die wachsende Kinderarmut bekämpfen. Doch das Ergebnis ist eine Nebelkerze, denn die meisten Bedürftigen werden wohl gar nichts davon haben. Seit vielen Jahren steigt in Deutschland die Kinderarmut. Nun endlich werde man dem abhelfen, und zwar mit einer Kindergrundsicherung, sagt unsere Fortschritts-Ampel-Regierung. Nach wochenlangen internen Schein-Streitereien präsentierte die Ampel nun das Ergebnis: 2,4 Milliarden Euro sollen dafür ab 2025 zusätzlich zum Kindergeld ausgegeben werden. Diese Summe ist dafür gedacht, solchen Familien, die unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze leben, einen Zuschuss zum Kindergeld obendrauf zu packen.



Man muss keinen Professorentitel besitzen, um zu erahnen, dass sich mit den Mini-Hilfen an der Kinderarmut in Deutschland nicht viel ändern kann. Aber es könnte noch dicker kommen: Sehr viele Bedürftige werden nach heutiger Gesetzeslage überhaupt nichts von den Zusatzbeträgen haben. Denn Kindergeld, Unterhalt und sonstige Leistungen für Minderjährige werden auf das Bürgergeld angerechnet und fließen somit in die Staatskasse zurück. Weder Paus noch Lindner ließen einen Zweifel daran, dass die Kindergrundsicherung der letzte sozialpolitische Akt dieser Regierung sein werde. Die Familienministerin verwies auf die „Haushaltssituation des Bundes“, um zu unterstreichen, wie hart sie für diese Reform-gewordene Erbärmlichkeit kämpfen musste.

Nicht kämpfen müssen die Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Über 2,4 Milliarden Euro würde in den Chefetagen der Rüstungskonzerne ohnehin nur müde gelächelt werden. 100 Milliarden Euro Kreditaufnahmen für das „Sondervermögen“ der Bundeswehr, jährliche Steigerungen des Rüstungshaushaltes im zweistelligen Milliardenbereich und mehr als 20 Milliarden Euro für „Ukraine-Hilfen“ – all das gibt es ohne „Ampel-Streit“. Um den Stellvertreterkrieg gegen Russland voranzutreiben, bedarf es keines „Kanzler-Machtwortes“. In den wesentlichen Fragen ist sich die Bundesregierung erstaunlich einig. ♦

Italien. Wahlversprechen gehalten

Meloni kürzt Sozialhilfe und verschärft die Voraussetzungen

„Die AfD-ähnliche italienische Regierung unter Ministerpräsidentin Meloni kürzt die Sozialhilfe und sorgt damit für berechtigt massive Proteste. Circa 169.000 Familien wurden per SMS informiert, dass sie ab August kein Bürgergeld mehr erhalten - den Reddito di cittadinanza. Grund sind die strengeren Voraussetzungen für den Bezug der Mindestsicherung, die von der faschistischen Regierung Meloni beschlossen wurden. Bürgergeld werden künftig nur noch Haushalte erhalten, in denen es minderjährige Mitglieder, Menschen mit Behinderung oder Menschen über 65 Jahre gibt. Zwischen August und September 2023 dürfte die Leistung für 80.000 weitere Familien ausgesetzt werden, hieß es aus italienischen Regierungskreisen. *Kommunistische* Politiker der PCI nannten das Verfahren eine "Sozialbombe" und organisierten Kundgebungen und Demonstrationen dagegen.

Lehrstück: Genau das passiert, wenn Faschisten*innen an die Macht kommen. Daher sollten sich alle die Sympathien mit der AfD und vergleichbarer Parteien und Organisationen haben, klar werden, dass die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gewiss nicht von der AfD und Co vertreten werden. Ganz im Gegenteil. Die AfD vertritt z.B. „Bürgerarbeit“ bzw. Zwangsarbeit und nach 6 Monaten Leistungsbezug sollten nach ihrer Auffassung nur noch Sachleistungen gewährt werden. Daher sollten sich Erwerbslose klar machen, dass ihre Interessen gewiss nicht von der AfD vertreten werden. ♦

Das Kapital braucht lächelnde Sklaven!

Drogenkonsum und Ausbeutung

Drogenkonsum und Sucht hängen mit Ausbeutung und Perspektivlosigkeit im Kapitalismus zusammen. Darum stellen wir Kommunisten uns gegen die kapitalistischen Verhältnisse die zur Ausbreitung von Drogenmissbrauch und -abhängigkeit verantwortlich sind. Drogen sind kein Ausweg aus den kapitalistischen Verhältnissen, vielmehr verstärken sie das Leid der Arbeiterklasse. Nach Angaben von „Gesundheits“minister Karl Lauterbach (SPD) konsumieren in Deutschland schätzungsweise rund vier Millionen Menschen regelmäßig Cannabis. Auf dem Schwarzmarkt werden angesichts der hohen Nachfrage Millionenumsätze erzielt. Mit der Legalisierung der Naturdroge könne diesem Markt die Grundlage entzogen werden, sagt Lauterbach. Stattdessen unterliegen diese Drogen dann einer Steuer und der deutsche Staat kassiert statt des Drogenkartells ab und hat damit eine zusätzliche Einnahmequelle.



Jugendliche haben zunehmend mit Leistungsdruck und Zukunftsängsten, sowie damit einhergehend auch mit psychischen Problemen und Erkrankungen zu kämpfen. Der Konsum von Drogen kann von diesen Sorgen ablenken. Gelöst werden diese Probleme dadurch jedoch nicht. Im Gegenteil verstärkt der Drogenkonsum diese in der Regel und bringt einhergehende finanzielle Probleme mit sich. Weil der Drogenkonsum vortäuscht, zeitweise einen individuellen Ausweg aus diesen Problemen zu finden, hält er die Konsumenten davon ab, zu erkennen, dass es sich bei diesen um gesellschaftlich bedingte Probleme handelt und der Hauptverursacher ihrer Sorgen das kapitalistische System ist.

In einer Welt, in der die Profitmaximierung die höchste Priorität hat und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse immer schlechter werden, mündet dieser Konflikt mitunter in einem weit verbreiteten Drogenmissbrauch. Faktoren wie Arbeitslosigkeit und schlechte Bildung erhöhen das Risiko. Es handelt sich also nicht um einen „Krieg gegen Konsumenten“, vielmehr weisen wir auf die systemstabilisierende Rolle von Drogenkonsum hin. Unser Gegner ist der Kapitalismus, denn alltägliche Ausbeutung und Perspektivlosigkeit erzeugen überhaupt erst ein Bedürfnis und damit einen Markt für Drogen: Das Kapital braucht lächelnde Sklaven! Um ihn zu überwinden, müssen wir uns organisieren und mit einem klaren Kopf handeln. ♦

Schulung, Kritik und Diskussion von Erich Weinert

Genossen, ihr wisst,
Dass der Klassenkampf eine Sache ist,
Die nicht nur Fäuste und Parolen entscheiden!
Die Faust weiß oft nicht wohin sie schlägt;

Oft werden Parolen falsch ausgelegt.
Jetzt aber heißt es: Fehler vermeiden!
Die Forderung der Situation
Heißt: Schulung, Kritik und Diskussion!

Was nutzt es, dass ihr zum Sieg entschlossen,
Während Millionen Klassengenossen
Noch auf der anderen Seite stehen?
Die müssen erst zu uns übergehen!
Brecht in die Reihen! Erobert sie!
Zeigt ihnen die nackte Wahrheit!
Doch dazu braucht ihr die Theorie!
Mit Schlagworten überzeugt man nie,
Nur mit ideologischer Klarheit!

Nächster politischer Bildungsnachmittag der DKP: siehe Kontaktadresse

Bremer Rundschau

Zeitung der DKP Bremen
V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger,
Mühlenstr. 135, HB-Blumenthal

Kontakt:

dkp-bremen@gmx.de
www.bremen.dkp.de/bremen-lokal/

